

Antrag

der Abg. Gabriele Rolland u. a. SPD

Die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen verbessern

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sich die Bettenmessziffer sowie die Zahl der Betten und Behandlungsplätze in der stationären und teilstationären Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie in Baden-Württemberg insgesamt und in den vier Regierungsbezirken seit der Kleinen Anfrage im Juli 2022 (Drucksache 17/2963) entwickelt hat;
2. wie dabei insbesondere die 2023 in der Diskussion stehenden 136 zusätzlichen Plätze verteilt wurden unter der Darstellung, wann diese Plätze erstmals belegt werden konnten und ob sie heute immer noch bestehen;
3. mit welchen Wartezeiten auf einen Behandlungsplatz in der stationären und teilstationären Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie aktuell zu rechnen ist (bitte unterteilt nach Regionen oder Regierungsbezirken);
4. wie das Uniklinikum Freiburg – im Vergleich zu den Aussagen im Sommer 2022 (Drucksache 17/2963) – aktuell den allgemeinen Bedarf nach Plätzen und Betten für kinder- und jugendpsychiatrische Behandlung am Standort einschätzt und inwiefern die Landesregierung diese Einschätzung teilt und wenn nicht, ggf. aus welchen Gründen sie diese Einschätzung nicht teilt;
5. wie sie die Bedarfszahlen bewertet und welche Konsequenzen sie daraus zieht;
6. wie die ambulante Versorgung von betroffenen Kindern und Jugendlichen sowie die strukturelle Verzahnung zwischen dem ambulanten und dem stationären Sektor in den Regionen organisiert ist (bitte aufgeschlüsselt nach Regierungsbezirken);
7. inwieweit sie einen grundlegenden Reformbedarf an den Versorgungsstrukturen feststellt und welche konkreten Maßnahmen sie dazu in den vergangenen Jahren nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie ergriffen hat bzw. sie in absehbarer Zeit umzusetzen beabsichtigt;
8. inwiefern sie einen disziplin- und fachübergreifenden Fachkräftemangel konstatieren muss und was sie ggf. unternimmt, um den zunehmenden Nachwuchsmangel im therapeutischen, pflegerischen und erzieherischen Bereich, aber auch in den ambulanten und stationären Jugendhilfestrukturen zu bekämpfen;
9. mit welchen Vorhaben und Zielen sie bei der aktuell avisierten Neuordnung der medizinischen Ausbildung dafür Sorge tragen will, dass die von der Forschung beschriebene Vernachlässigung psychischer Erkrankungen in der Medizin reduziert wird;
10. inwieweit sie sich für eine Reform der in der Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie (PPP-RL) definierten Mindestvorgaben für den Personaleinsatz in den sogenannten Psych-Fächern einsetzt;

11. wie sie Modellprojekte bewertet, die auf eine Implementierung von Regionalmodellen mit einem eigenen Budget und mit einer den ambulanten und stationären Sektor übergreifenden Regionalplanung abzielen.

9.5.2025

Rolland, Kenner, Dr. Kliche-Behnke, Rivoir, Wahl SPD

Begründung

Der Antrag erkundigt sich – in Fortsetzung der Kleinen Anfrage Drucksache 17/2963 vom Juli 2022 – nach aktuellen Zahlen und Bedarfen in der Kinder- und Jugendpsychiatrie, auch nach den im Jahr 2023 zugesagten Verbesserungen. Im Bundesgesundheitsblatt 67, das im April 2024 erschienen ist, wurde in dem in Heft 4 erschienen Artikel „Wie sichern wir in Zukunft die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen?“ einige Problemstellungen der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen thematisiert. In ihrer Studie machen die Autorinnen und Autoren deutlich, dass psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen im Alter von zehn bis 17 Jahren im Jahr 2021 die häufigsten Ursachen für Krankenhausbehandlungen gewesen sind. Während der Covid-19-Pandemie ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen mit psychischen Belastungen nochmals signifikant gestiegen. Minister Lucha hatte 2023 erklärt, dass die damalige Wartezeit von bis zu acht Monaten auf die dringend notwendige Behandlung nicht mehr hingenommen werden kann. Der vorliegende Antrag fragt deshalb nach, wie es um die Beratungsangebote, ambulante Diagnostik und stationäre Versorgung von betroffenen Kindern und Jugendlichen in Baden-Württemberg steht.